

Bundessteuerverwaltung abgelehnt

Der sächsische Finanzminister Stanislaw Tillich hat in einem ersten Gespräch mit DSTG-Chef Dieter Ondracek und dem Landesvorsitzenden Günter Steinbrecht die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung abgelehnt und damit die DSTG-Position unterstützt. Der Freistaat Sachsen sei gegen die Bundessteuerverwaltung, weil eine Landessteuerverwaltung effizienter arbeiten könne als eine Mammutverwaltung mit über 100.000 Beschäftigten.

Flickenteppich weitet sich aus

Die aktuellen Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen geben Anlass, die verschiedenen Bezahlungssysteme bei Bund, Ländern und Kommunen aufzuzeigen. Dabei stellt sich heraus, dass sich der von DSTG und dbb befürchtete Trend zur regionalen Zersplitterung der Gehälter im öffentlichen Dienst schneller als erwartet ausgebreitet und verfestigt hat.

BFH hält Pendlerpauschale für verfassungswidrig

Mit seiner mit Spannung erwarteten Entscheidung vom 23. Januar 2008 hat der Bundesfinanzhof (BFH) seine Position bekräftigt, dass er die geltende Form der Pendlerpauschale für verfassungswidrig hält. Diese rechtliche Einschätzung des höchsten deutschen Finanzgerichts entspricht damit der Rechtsauffassung der DSTG, die seit langem eine Korrektur der gekürzten Pendlerpauschale fordert.

BGH billigt Umstellung der Zusatzversorgung

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Urteil vom 14. November 2007 die zum 1. Januar 2002 vollzogene Umstellung der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes grundsätzlich für rechtmäßig erachtet – mit einer Ausnahme, die „rentenferne“ Versicherte betrifft.

Weitere Themen im aktuellen DSTG magazin sind:

- ➔ Umstieg zum Steuerberater bleibt prüfungsfrei
- ➔ Bundesfinanzhof stellt Jahresbericht 2007 vor